



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderatssitzung am 18.02.2020

In der letzten Sitzung des Gemeinderates hatte der Gemeinderat eine lange Tagesordnung zu beraten. Die Palette der angesprochenen Themen war breit und reichte von der Kinderbetreuung über mehrere Baumaßnahmen der Gemeinde hin zum Insektenschutz in der Gemeinde. Ebenfalls zum Bereich Umwelt gehörte die Frage, wie künftig mit den Klärschlamm aus unserer Kläranlage umgegangen wird. Außerdem ging es darum, wie der Gutachterausschuss künftig arbeiten soll.

Im ersten Tagesordnungspunkt befasste sich der Gemeinderat mit der Frage, ob in den Einrichtungen zur Kinderbetreuung künftig stellvertretende Leitungen eingerichtet werden sollen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl führte aus, dass die Leistungen als stellvertretende Leitungen in der Praxis bereits erbracht werden. Deshalb sei es nur richtig, diese Tätigkeiten auch finanziell zu honorieren. Zur Finanzierung meinte der Bürgermeister, dass die Gemeinde dazu wahrscheinlich Zuschüsse aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten werde, dies aber noch nicht gesichert und auch noch nicht bezifferbar ist.

Hauptamtsleiter Feitscher trug dem Gremium den Vorschlag der Gemeindeverwaltung vor. Dieser geht dahin, in den großen Einrichtungen wie Kindertagesstätte In der Röte, Kindergarten Seitenbach, am Hort an der Schule und auch im künftigen Kindergarten Weil-Mitte dauerhafte stellvertretende Leitungen einzurichten. Diese würden entsprechend der tariflichen Eingruppierungsregelungen bezahlt. In den kleineren Einrichtungen schlug die Verwaltung vor, Abwesenheitsvertretungen für die Leitungen zu schaffen. Da für diese Abwesenheitsvertretungen die tarifvertraglichen Regelungen nicht gelten lautete der Vorschlag der Verwaltung, eine monatliche Pauschale von 100 € zu bezahlen.

Als Vorteile der ständigen stellvertretenden Leitungen sah er, dass dadurch die Betriebsabläufe gestärkt und unterstützt werden. In der Praxis würden die Aufgaben eine Stellvertretung bereits jetzt wahrgenommen. Durch eine formale Bestellung würden die Mitarbeiterinnen, die diesen Aufgaben übernehmen, jedoch gestärkt. Außerdem trage es zur Attraktivität der Gemeinde als Arbeitgeber in der Kinderbetreuung bei, wenn die Abläufe in der Kinderbetreuung durch gute Strukturen gesichert werden. Unter dem Strich ergäben sich bei dem Vorschlag der Gemeindeverwaltung jährliche Mehrkosten von ca. 42.000 €. Lege man den durchschnittlichen Kostendeckungsgrad in diesen Einrichtungen von weniger als 25 % zu Grunde, hätten die Eltern etwa 10.000 € an zusätzlichen Gebühren aufzubringen. Ein weiterer zu berücksichtigender Aspekt bei den Gebühren sei aber, dass sich die Gebührenkalkulationen in der Kinderbetreuung im Regelfall auch an

den Landesrichtsätzen für die Kinderbetreuung orientieren. Eine automatische Weitergabe der höheren Kosten sei also nicht zwingend.

Gemeinderat Ehrmann befürchtete, dass die finanzielle Belastung der Eltern durch höhere Gebühren steigen werde. Gemeinderat Speidel war wichtig, dass die zusätzlichen Ausgaben den betreuten Kindern zugute kommen und nicht in mehr Verwaltungsaufwand münden. Die Kämmerin, Frau Böhringer gab zu bedenken, dass für die Gebührenhöhe nicht ausschließlich die tatsächlichen Kosten maßgebend sind, sondern dass sich die Gemeinde wie die meisten anderen Gemeinden auch an den Landesrichtsätzen für die Kinderbetreuung orientiert.

Der Bürgermeister betonte, dass der Mehraufwand der pädagogischen Arbeit zugute kommt. Dadurch seien positive Auswirkungen auf die Arbeit mit den Kindern und in der Elternarbeit zu erwarten.

Gemeinderat Frey begrüßte die Schaffung von stellvertretenden Einrichtungsleitungen. Gemeinderat Heydenreich sah die vorgeschlagenen Maßnahmen als Stärkung des Betreuungspersonals und der Entwicklung in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl sprach sich für die FWV für die Umsetzung des Verwaltungsvorschlages aus.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, wie vorgeschlagen die Positionen der stellvertretenden Einrichtungsleitung und der Abwesenheitsvertretungen offiziell einzuführen.

Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Artenvielfalt von Insekten

Bürgermeister Wolfgang Lahl führte aus, dass mit diesem Tagesordnungspunkt ein früherer Antrag von UBW und SPD aus der letzten Wahlperiode aufgegriffen wurde, den Insektenschutz in unserer Gemeinde zu fördern. Bauhofleiter Gerhard Jauß informierte das Gremium darüber, welche Maßnahmen des Bauhof bereits (und zum Teil schon langjährig) umsetzt. In einigen Bereichen arbeite die Gemeinde mit landwirtschaftlichen Hochschulen zusammen, die sich mit diesem Thema befassen. Er stellte dar, welche Merkmale die unterschiedlichen Typen der gemeindlichen Grünanlagen haben und legte Wert darauf, dass Insektenfreundlichkeit stets auch bedeute, einen gewissen Grad an „Ungepflegtheit“ zuzulassen. Generell sei es wichtig, den Versiegelungsgrad der Flächen in der Gemeinde zu minimieren und offene Flächen zu schaffen.

Der Bürgermeister dankte dem Bauhofleiter und dem Team des Bauhofs für deren gute Arbeit. Er kündigte an, dass im Mitteilungsblatt regelmäßig Beiträge veröffentlicht werden, wie man als Privater den Insektenschutz in unserer Gemeinde fördern könne. Ein englischer Rasen, so der Bürgermeister sei in dieser Hinsicht kontraproduktiv. Er sprach an, dass die Gemeinde in den jüngsten Bebauungsplänen bereits Regelungen zur Förderung der Artenvielfalt von Insekten vorsieht, in dem zum Beispiel der Versiegelungsgrad durch Steingärten stark begrenzt wird.

Gemeinderat Heydenreich fragte den Bauhofleiter, ob der Bauhof im Hinblick auf die zunehmenden Aufgaben maschinell ausreichend aufgestellt sei. Dies bestätigte der Bauhofleiter im Grundsatz. Eine Verbesserungsmöglichkeit sah er darin, dass Mulchflächen künftig nach dem Mähen auch abgeräumt werden.

Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl fragte, ob der Personalstand des Bauhofs für diese Aufgaben ausreiche. Schließlich bedeuten zunehmende zu pflegenden Flächen auch einen höheren Personalbedarf. Gemeinderat Löffler forderte die Mitglieder des Gemeinderats dazu auf, die positiven Auswirkungen der Stärkung der Artenvielfalt als Multiplikatoren weiterzugeben. Das bedeute auch, Pflanzen stehen zu lassen, auch wenn es nicht dem gängigen Schönheitsideal entspreche.

Gemeinderätin Belser fragte, was mit dem Schnittgut geschehe. Darauf antwortete der Bauhofleiter, dass dieses entweder kompostiert oder verfüttert werde.

Gemeinderätin Dr. Staber dankte dem Bauhofleiter für die gute Arbeit. Sie wünsche sich, dass dieser Ansatz bei der anstehenden Neubesetzung der Stelle der Bauhofleitung fortgeführt wird. Sie regte an, geeignetes Saatgut zu besorgen und der Bevölkerung in der Gemeinde anzubieten. Eine weitere Möglichkeit wäre, Broschüren des NABU, die sich mit diesem Thema befassen, im Rathaus auszulegen.

Der Bürgermeister sagte zu, entsprechende Broschüren auszulegen. Die Umsetzung des Vorschlages zur Ausgabe von Saatgut müsse noch geprüft werden.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, weitere mögliche Verbesserungen umzusetzen, wenn dies vom Bauhofpersonal leistbar ist. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch Informationen im Mitteilungsblatt darüber informiert werden, wie sie selber zur Förderung der Artenvielfalt beitragen können.

Zusammenlegung des Gutachterausschusses Böblingen mit den Schönbuch Gemeinden

Der Bürgermeister trug vor, dass dieses Thema bereits intensiv im Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss beraten wurde. Er informierte, dass künftig jährlich mindestens 1.000 Verkaufsfälle benötigt werden, um die Voraussetzungen für eine rechtssichere Tätigkeit des Gutachterausschusses zu schaffen. Diese Anzahl erreiche derzeit nicht einmal die Stadt Böblingen. Deswegen ist vorgesehen, zusammen mit der Stadt Böblingen und den Gemeinden der Schönbuchlichtung einen gemeinsamen Gutachterausschuss zu bilden. Dieser hätte dann jährlich etwa 1.700 Verkaufsfälle auszuwerten und damit die Basis für rechtssichere Gutachten und Bodenrichtwertermittlungen. Besonders im Hinblick auf die Reform der Grundsteuer, die in jedem Fall die Bodenrichtwerte berücksichtigen wird, sei dies ungemein wichtig. Alle Gemeinden können in den künftigen gemeinsamen Ausschuss ehrenamtliche Gutachter entsenden.

Der Bürgermeister hob hervor, dass es heute um den Grundsatzbeschluss gehe, der dann in eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung umzusetzen ist. Er betonte, dass es momentan keine andere Alternative gebe, um zu rechtssicheren Bodenrichtwerten zu kommen.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Altdorf, Böblingen, Ehingen, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Schönaich, Steinenbronn, Waldenbuch und Weil im Schönbuch einen gemeinsamen

Gutachterausschuss mit zentraler Geschäftsstelle bei der Stadt Böblingen einzurichten.

Beitritt und Gründung eines Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen

Bei diesem Thema ging es ebenfalls um eine Zusammenarbeit von Kommunen im Landkreis. Bürgermeister Lahl führte aus, dass sich alle Gemeinden mit der Frage zu befassen haben, wie sie mittelfristig mit dem Klärschlamm aus ihren Kläranlagen umgehen. Zum einen wird verlangt werden, dass im Klärschlamm vorhandener Phosphor ausgeschieden und verwertbar gemacht wird. Zum anderen wird die Situation kommen, dass die momentan überwiegende Verbrennung des Klärschlammes in Kohlekraftwerken nicht mehr möglich ist, weil Kohlekraftwerke im Zuge der Energiewende Auslaufmodelle sind und langfristig abgeschaltet werden.

Eine Möglichkeit, wie beide Ziele umgesetzt werden können, sei eine eigene Monoverbrennungsanlage für Klärschlamm. Die technische Prüfung habe ergeben, dass dies umsetzbar wäre. Um ein solches Vorhaben wirtschaftlich betreiben zu können ist aber eine Mindestkapazität von 100.000 t Klärschlamm jährlich notwendig. Um diese Grenze zu erreichen müssen sich mehrere Gemeinden zusammenschließen. Der Bürgermeister belegte dies am Beispiel der eigenen Kläranlage in Weil im Schönbuch, die jährlich etwa 850 t Klärschlamm erzeugt.

Die von dem noch zu gründenden Zweckverband zu bauende Monoverbrennungsanlage wird eine Kapazität zwischen 100.000 t und maximal 185.000 t jährlich haben. Um die notwendigen Vorarbeiten leisten zu können muss bereits jetzt festgehalten werden, welche Gemeinden bei dem künftigen Zweckverband mitwirken.

Als weiteren Vorteil dieses Vorschlags sah der Bürgermeister, dass die bei der Verbrennung des Klärschlammes anfallende Wärme zu Einspeisung in das Böblinger Nahwärmenetze verwendet werden kann. Durch den vorgeschlagenen Standort neben dem Restmüllheizkraftwerk in Böblingen ergäben sich außerdem Synergieeffekte bei dem Personal der Einrichtung. Das wirtschaftliche Risiko sah der Bürgermeister als überschaubar an, zumal bereits heute hohe Transportkosten auf die Träger der Kläranlagen zukommen.

Um die Entsorgungssicherheit der Kläranlagen zu gewährleisten plädierte er dafür, sich dem künftigen Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen anzuschließen. Einzelheiten, wie zum Beispiel die Frage, ob auch künftig eine Trocknung des Klärschlammes notwendig ist, müssten noch geprüft werden. Durch die Verringerung der bisherigen LKW-Transporte und die Nutzung der anfallenden Wärme sah der Bürgermeister deutlich ökologische Vorteile bei dieser Form der Verwertung des Klärschlammes.

Gemeinderat Hiller äußerte sich grundsätzlich positiv zu dem Vorschlag der Verwaltung. Er erkundigte sich, wie die Rückgewinnung des Phosphor im Detail geplant ist. Dazu berichtete der Vorsitzende, dass hier noch kein wirklich gutes Verfahren zur Verfügung steht, um reinen Phosphor zurückzugewinnen. Auch dies soll ein Thema sein, welches weiterhin wissenschaftlich aufbereitet und dann in Böblingen umgesetzt werden soll. Er trug vor, dass die vorgeschlagene

Monoverbrennungsanlage nach Ansicht aller Experten der einzige technisch sinnvolle Weg ist, um mit dem Problem des Klärschlamms sinnvoll umzugehen. Die Rückgewinnung des Phosphor müsse allerdings noch optimiert werden.

Gemeinderätin Dr. Staber erkundigte sich, ob die Trocknungsanlage in der Schönaicher Kläranlage damit überflüssig werde. Dazu müsse, so der Bürgermeister, heute noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Wahrscheinlich kann zur Monoverbrennungsanlage auch getrockneter Schlamm angeliefert werden. Letztendlich wird es eine wirtschaftliche Frage sein, ob die Trocknung und der anschließende Transport einer geringeren Masse wirtschaftlicher ist als der Transport des nicht getrockneten Klärschlamms.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, dem zu gründenden Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen beizutreten.

Sanierung der Sozialräume im Bauhof

Ortsbaumeister Ehmman berichtete, dass das Bauhofgebäude inzwischen 40 Jahre alt ist. Die sanitären Einrichtungen seien seither unverändert, weshalb Handlungsbedarf bestehe. Er führte aus, dass die Verwaltung mehrere Optionen ausgearbeitet hat, die von einer Minimallösung für etwas über 130.000 € bis hin zu einem Abriss und Neubau für 2 - 3 Mio. € reicht. Als Zwischenweg empfehle die Gemeindeverwaltung, den gesamten Bereich der Sozialräume inklusive der Sanitärbereiche zu sanieren. Dies werde Kosten von etwa 280.000 € verursachen.

Der Bürgermeister ergänzte, dass die notwendigen Mittel, falls der Gemeinderat heute zustimme, in den Haushalt 2021 eingeplant werden. Die Maßnahme stehe aber auch dann unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Seiner Meinung nach sollten die Räume des Bauhofs wie vorgeschlagen saniert werden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl brachte vor, über die Sanierung der angesprochenen Räume nicht den Zustand des Daches zu vernachlässigen. Er regte an, das Dach des Bauhofgebäudes von einem Fachmann überprüfen zu lassen. Bauhofleiter Jauß berichtete dazu, dass es bis jetzt keinerlei Undichtigkeiten gibt. Lediglich eine Dachrinne müsse repariert werden.

Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl sprach an, dass der künftige Bauhofleiter in diese Maßnahmen einbezogen werden solle, was der Bürgermeister bejahte.

Gemeinderat Ehrmann begrüßte den Vorschlag der Gemeindeverwaltung. Zu prüfen sei, ob das Dach des Bauhof dazu geeignet sei, eine Photovoltaikanlage zu errichten. Dazu erwiderte der Bürgermeister, dass dies bereits überprüft und aus statischen Gründen abgelehnt wurde.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat zu, im Bauhof den gesamten Bereich der Sozialräume inklusive Sanitärbereiche zu sanieren.

Vergabe der Bauleistungen für die Sanierung der Bahnhof- und Wilhelmstraße

Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass die Ausschreibung dieser großen Baumaßnahme, die ein Volumen von etwa 4,1 Millionen € haben wird, neun Angebote von Baufirmen ergab. Eine besondere Situation entstand, als der an zweiter Stelle liegende Bieter der Gemeinde anbot, nicht nach exakten Massen abzurechnen, sondern eine Pauschale zu vereinbaren und dies mit einem Pauschalangebot verband, welches mit ca. 3,7 Mio. € unter dem Preis des bisher Erstbietenden lag. Diese Änderung eines Angebots sei nach Rücksprache mit der Gemeindeprüfungsanstalt möglich. Das Ingenieurbüro Mayer, welches die Sanierung der Bahnhof- und Wilhelmstraße plant, habe dieses Verfahren schon mehrfach angewendet.

Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl befürchtete, dass in diesem Fall zahlreiche Nachtragsangebote auf die Gemeinde zukommen werden. Er schlug vor, den neuen zweitgünstigsten Bieter zu beauftragen, dessen Angebot auf 3,9 Millionen € lautete. Der Bürgermeister hielt dieser Befürchtung entgegen, dass in der Pauschale Mehrmengen bis zu 20 % der angenommenen Masse enthalten sind. Nachträge könnten deswegen nur dann kommen, wenn eine Position vollkommen neu auftrete. Dies sei aber auch dann der Fall, wenn die Baumaßnahme mit genauer Abrechnung aller Einzelpositionen vergeben werde. Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass seine zunächst vorhandene Skepsis gegenüber diesem Angebot in dem technischen Klärungsgespräch mit dem Anbieter beseitigt werden konnte. Deswegen schlage er vor, die wirtschaftlichste Lösung umzusetzen. Der Bürgermeister sah in diesem Verfahren auch für den Unternehmer einen Vorteil, weil die aufwändige Einzelabrechnung nach Aufmaß vermieden werde.

Gemeinderat Frey sah das einzige Risiko für die Gemeinde in der schwierigen geologischen Lage der Bahnhofstraße am Hang. Darauf erwiderte der Bürgermeister, dass diese Risiken in jedem Fall bestünden, unabhängig von der Art der Ausschreibung. Der Ortsbaumeister berichtete, dass die geologischen Verhältnisse dort zwar untersucht wurden, jedoch mit Schwerpunkten und punktuell.

Für Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl war es wichtig, dass die Bahnhof- bzw. Wilhelmstraße nicht gleichzeitig mit der Poststraße gesperrt sein sollen. Die Baumaßnahmen sollten erst beginnen, wenn die Poststraße wieder befahrbar ist. Diese Zusage konnte der Bürgermeister nicht von vornherein geben. Er sagte zu, das Thema in die Bauablaufbesprechung mitzunehmen.

Gemeinderat Hiller erkundigte sich nach der geplanten Einteilung der Bauabschnitte. Ortsbaumeister Ehmann führte aus, dass mit der Wilhelmstraße im März / April an der Nordseite, bei der Hauptstraße, begonnen werden soll, damit die erneuerten Kanäle zur Ableitung des Wassers aus den südlichen Bereichen genutzt werden können. Bei planmäßigem Verlauf soll die Baustelle im Juni / Juli bis zur Bahnhofstraße fortgesetzt worden sein. Anschließend gehe es dann weiter in Richtung Friedhof.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, das Pauschalangebot der Firma Schwenk GmbH & Co. KG aus Unterensingen für etwas über 3,7 Millionen € anzunehmen.

Bauleistungen zur Sanierung des alten Friedhofs

Ortsbaumeister Ehmann ging in Kürze auf die vom Gemeinderat beschlossene Planung ein und berichtete über das Ergebnis der Ausschreibung. Für die Umsetzung dieser Planung gingen drei Angebote ein. Der günstigste Bieter bot einen Preis von etwas über 252.000 € an. Der Ortsbaumeister betonte, dass die geologischen Verhältnisse nicht vollständig untersucht wurden, weshalb ein bis zwei Nachträge kommen könnten. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sei die nördliche Natursteinmauer, deren Sanierungsaufwand nicht von vornherein exakt beziffert werden kann. Er gehe davon aus, dass die Maßnahme mit insgesamt 300.000 € durchgeführt werden könne. Dabei spiele eine Rolle, dass der Gemeinderat einen Aufenthaltsbereich aus der ursprünglichen Planung heraus genommen hat, so dass derzeit zwei Plätze realisiert werden sollen. Auch dies schaffe noch finanziellen Spielraum.

Gemeinderat Hiller fragte nach dem Durchgangsweg zur Lindenstraße, den der Gemeinderat in einer früheren Beratung beschlossen hatte. Dazu berichtete der Bürgermeister, dass das benötigte Geh- und Wegerecht der Gemeinde im Zuge des momentanen Bauverfahrens gesichert wurde. Es sei jedoch noch kein Umsetzungsbeschluss getroffen worden. Er schlug vor, zunächst einmal das Bauvorhaben an der Lindenstraße abzuwarten und dann den Anschluss des Weges zu prüfen.

Einstimmig vergab der Gemeinderat den Auftrag für die Sanierung des alten Friedhofs für 252.000 € an die Ralf Meyer Garten- und Landschaftsbau GmbH & Co. KG aus Wolfschlugen.

Vergabe der Bauleistungen für die Kanalsanierung 2020

Ortsbaumeister Ehmann erläuterte zunächst, welche Bereiche seit 2017 bereits saniert wurden. 2020 stehe nun das Gebiet des Roten Bergs an. 2021 werden die Kanäle in Breitenstein erneut befahren. 2022 und 2023 ist geplant, die Kanäle im Gebiet Weil-Nord zu sanieren.

Herr Ehmann erläuterte, dass mit diesen Maßnahmen die Kanäle, nicht aber die Hausanschlüsse saniert werden. Hier gehe es um die systematische gebietsweise Sanierung der Abwasserkanäle in der Gemeinde. Davon unterschieden werden müssen koordinierte Maßnahmen im Zuge von größeren Baumaßnahmen, wie zum Beispiel bei der Sanierung der Bahnhofstraße oder der Ortsdurchfahrt in Neuweiler. Eine Vorausschau sei momentan nur auf 8 - 10 Jahre sinnvoll. Darüber hinaus sei derzeit noch keine verlässliche Einschätzung möglich. Er betonte, dass mit diesen Maßnahmen nur die abwasserführenden Kanäle saniert werden. Regenwasserkanäle seien davon nicht betroffen. 2023 werde die Gemeinde voraussichtlich die systematischen Kanalsanierungen im gesamten Gemeindegebiet abgeschlossen haben. Dann wird es wieder notwendig sein, sich abzustimmen, in welchen Gebieten die weiteren Abwasserkanäle saniert werden sollen.

Zur Ausschreibung der 2020 vorgesehenen Maßnahmen berichtete er, dass insgesamt zwölf Angebote mit einem engen Bieterfeld eingegangen sind. Erfreulich sei, dass trotz zweier offener Kanalsanierungen insgesamt günstige Preise

angeboten wurden. Der Auftrag solle an den günstigsten Bieter, die Firma Pfaffinger Rohrnetz- und Sanierungstechnik GmbH aus Stuttgart vergeben werden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl regte an, im Zuge dieser Arbeiten die Tiefe der Kanalsohlen im Herdweg zu prüfen. Dazu berichtete der Ortsbaumeister, dass diese Daten bereits aus den Erfahrungen der Kanäle bekannt sind.

Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl hob hervor, dass die Sanierung der Abwasserkanäle eine Pflichtaufgabe der Gemeinde ist. Diese Aufgaben und Kosten werden jährlich auf die Gemeinde zukommen. Dieser Aussage stimmte der Bürgermeister zu. Er wies darauf hin, dass aus diesem Grund vor einigen Jahren der damals durchschnittlich 80.000 € betragende Haushaltsansatz für Kanalsanierungen auf 400.000 € jährlich erhöht wurde. Diese Ausgaben fallen zusätzlich zu den großen koordinierten Maßnahmen an.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der vorgeschlagenen Vergabe zu.

Sanierung der Fassaden und Schule, Halle und Feuerwehrgerätehaus in Neuweiler

in kurzen Worten umriss der Ortsbaumeister die notwendigen Arbeiten an diesen Gebäuden. Die letzte Sanierung der Außenwände fand Mitte der 90er Jahre statt. Deswegen sei es heute dringend notwendig, hier wird etwas zu tun. Er berichtete, dass drei Angebote eingingen und das der Auftrag an den günstigsten Bieter, die Firma Berner, Raum und Farbe aus Holzgerlingen vergeben werden sollte. Diese Firma hatte die Ausführung dieser Arbeiten für etwas über 41.000 € angeboten. Einstimmig stimmte der Gemeinderat der vorgeschlagenen Vergabe zu.

Bau eines Hochregals im Bauhof.

Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass an der Ostseite des Bauhofgrundstücks bereits jetzt Materialien gelagert werden. Zur Schaffung einer größeren Kapazität und zur Verbesserung der Lagerungsmöglichkeiten solle ein überdachtes Hochregal gebaut werden. Ein Teil des Regals wird mit Fachböden versehen. Der Rest des Regals werde Kragarme erhalten, um zum Beispiel Laternenmasten aufnehmen zu können.

Er führte aus, dass der Haushaltsansatz von 30.000 € für die vorgeschlagene Maßnahme nicht ausreichen wird, weil für das Hochregal noch Tiefbauarbeiten notwendig sind. Insgesamt werden ca. 55.000 € für dieses Vorhaben benötigt werden.

Von den fünf zu Angebotsabgabe aufgeforderten Firmen gingen lediglich zwei Angebote ein. Der Ortsbaumeister schlug vor, den Auftrag an den günstigsten Bieter, die OHRA Regelanlagen GmbH aus Köln für 32.725 € zu vergeben. Diesem Vorschlag stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Bekanntgaben

Der Bürgermeister bezog sich auf die Gemeinderatsdrucksache Nummer 3/2020, der einen Antrag der UBW zu Befassung mit dem Klimawandel auf örtlicher Ebene beinhaltet. Die UBW beantragte darin einen Workshop, der sich mit Möglichkeiten innerhalb der Gemeinde befasst, dem Klimawandel entgegenzuwirken. Er begrüße diesen Antrag und habe vor, zu einem Impulsvortrag und für die Moderation dieser Veranstaltung externe Fachleute hinzuzuziehen. In dem Workshop müsse es auch darum gehen, was tatsächlich realisiert werden kann. Für Vorschläge zu Impulsvortrag und Moderation sei die Verwaltung dankbar.

Anfrage der Damen und Herren Gemeinderäte

Gemeinderat Hiller fragte, wie schnell die Bauarbeiten zur Erweiterung des Gewerbegebiets Lachental beginnen werden. Es gehe darum, ob dort noch einmal eingesät und geerntet werden kann. Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass sowohl in der Gewerbegebietserweiterung Lachental als auch im Baugebiet Pfadäcker in Neuweiler noch eingesät werden kann. Der Bürgermeister ergänzte zur Erweiterung des Gewerbegebiets Lachental, dass das Denkmalamt die dort vorgesehenen Ausgrabungen nicht selber vornehmen wird. Momentan hat das Büro Mezger mehrere Angebote eingeholt, und steht kurz vor der Beauftragung dieser Ausgrabungen. Ein zeitlicher Vorteil ergebe sich daraus, dass die Netze-BW inzwischen damit einverstanden ist, den Mast des Stromkabels über diesem Gewerbegebiet im laufenden Verfahren zu erhöhen. Dadurch erspart sich die Gemeinde etwa ein Jahr, was wiederum Spielräume für die Bewirtschaftung der dortigen Ackerflächen schafft.

Gemeinderätin Himmelein sprach an, dass am letzten Freitagabend ein Fahrzeug der Feuerwehr große Schwierigkeiten hatte, an der Tübinger Straße auf Höhe des griechischen Restaurants durchzukommen. Das bestehende Halteverbotsschild reiche nicht aus, weil Fahrzeuge, die gewendet haben, das Schild nicht sehen können. Ein weiteres Schild sei notwendig. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Beschilderung an dieser Stelle Sache des Landkreises ist. Die Gemeindeverwaltung wird dieses Problem noch einmal aufgreifen.

Gemeinderätin Dr. Staber fragt, ob der Sturm der letzten Woche Schäden im Gemeindewald verursacht hat. Der Bürgermeister verneinte das. Ihm sind keine größeren Sturmschäden bekannt.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.